

Armenische Mischung

Verwirrspiel im Vorfeld der Neuwahl des Bundespräsidenten: CSU-Chef Strauß rätselt über Annäherungssignale des FDP-Vorsitzenden Genscher.

Beim Neujahrsempfang des Bundespräsidenten in der Villa Hammerschmidt zeichnete Walter Scheel zwei Gäste durch besondere Herzlichkeit aus: die Unionschristen Helmut Kohl und Friedrich Zimmermann. Zur Begrüßung zog er die beiden Anführer der Oppositionsfraktion in seine Arme und posierte so für die Photographen.

Zwei Tage später, die CSU hatte gerade ihre Kreuther Klausur hinter sich gebracht, revanchierte sich Landesgruppenchef Zimmermann mit bayrischen Artigkeiten. Selbstverständlich tat er vor der Presse kund, sei die Union nicht festgelegt, wen sie bei der nächsten Bundesversammlung im Mai 1979 zum Präsidenten wähle. Eine Wiederwahl Scheels sei möglich — „das hängt von der Konstellation ab, davon, wie sich die FDP nach den Landtagswahlen dieses und des nächsten Jahres gegenüber der Union verhält“.

Wie stets in der Vergangenheit hat auch diesmal wieder im Vorfeld einer Präsidenten-Wahl der Schacher um Personen und Koalitionen begonnen — ohne große Rücksicht auf die Würde des Amtes.

Eben noch schien festzustehen, daß die Union ihre Mehrheit in der Bundesversammlung zur Kür eines C-Mannes nutzen müsse, weil das eigene Parteivolk dies verlange. Und vieles deutete daraufhin, daß Karl Carstens, derzeit Bundestagspräsident, in die Villa Hammerschmidt einziehen würde.

Nun aber möchte Franz Josef Strauß doch noch sein Spiel mit dem Amt des Staatsoberhauptes treiben. Dem CSU-Chef mißfiel, daß Carstens als Scheel-Nachfolger schon fest gebucht schien und so aus seinem weitergehenden politischen Kalkül herauszufallen drohte.

Strauß nämlich möchte den konservativen Hanseaten gern noch als Kohl-Konkurrenten für die Kanzlerkandidatur der Union bei der Bundestagswahl 1980 im Rennen halten. Der CDU-Vorsitzende, Kanzlerkandidat auf Widerruf, soll sich nicht sicher fühlen. Also kam Scheel mit ins Sortiment.

Dabei handelten die Christsozialen freilich nicht ganz so souverän, wie Zimmermann mit seinen Äußerungen zur Präsidentenfrage glauben machen wollte. Sie schoben Scheel noch aus anderem Grund wieder in den Vordergrund: um Wohlverhalten gegenüber den Freidemokraten zu demonstrieren. Denn die Alpenländer, die so gern alles im Ungewissen halten möchten, wa-

ren selber irritiert — durch ein mysteriöses Signal.

Spät in der Nacht zum vorletzten Samstag hatte Strauß im „Bierstüberl“ der CSU-Akademie Kreuth mit einer ausgewählten Schar seiner Getreuen über einen seltsamen Vorgang gerätselt: Ein Mittelsmann habe ihm, so Strauß, eine Botschaft des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher aus dessen Berchtesgadener Neujahrs-Urlaub übermittelt.

Die Information: Die Liberalen in Hessen könnten unter bestimmten Um-

rasch im klaren. Und gerade deshalb zweifelten die Christsozialen an der Ernsthaftigkeit des Genscher-Winks, denn an einen Umfall der FDP in Bonn mögen sie einstweilen nicht glauben.

Den Freidemokraten sei nur dann der Bonner Wechsel wirklich zuzutrauen, so CSU-Zimmermann, wenn sie erstmals aus freien Stücken wenigstens in einem Bundesland zur CDU wechselten. Das Zusammengehen der FDP mit der CDU in Niedersachsen und im Saarland zähle nicht, das seien „Zwangskoalitionen“ gewesen, weil

FDP und SPD dort mangels Mehrheit nicht hätten regieren können.

Und an eine Unterstützung der Union für Scheel sei nur zu denken, wenn die FDP zumindest einmal freiwillig zur CDU komme — die Bewährungsfrist dehnte Zimmermann über die Hessen-Wahl hinaus auf die Wahlen in Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein im Frühjahr 1978 aus.

Auch Strauß blieb skeptisch. Das Genscher-Signal, meinte der CSU-Chef, solle wohl nur die Hoffnungen in der Union auf einen Koalitionswechsel der FDP wieder schüren, der Diskussion in der CDU/CSU über die Vierte Partei den Schwung nehmen und zugleich die Sozialdemokraten verunsichern.

Der vermuteten Raffinesse des FDP-Vorsitzenden zollte Strauß in Kreuth höchsten Respekt: „Der Genscher ist eine armenische Mischung aus marokkanischem Teppichhändler, türkischem Rosinenhändler, griechischem

Schiffsmakler und jüdischem Geldverleiher.“

Der so Gelobte schlug sich vergnügt auf die Schenkel, als er von der Wirkung des Signals erfuhr. Demnächst möchte Genscher nun selber die Diskussion um eine zweite Amtszeit Scheels vorantreiben. Er weiß, daß Scheel ganz gern Bundespräsident bleiben möchte und seinem Nachfolger im Parteivorsitz schon gram ist, weil dieser sich zu wenig für seine Wiederwahl engagiere.

Der Chefliberale will nun die Öffentlichkeit für Scheel mobilisieren: War-



Bundespräsident Scheel: Lust auf zweite Amtszeit

ständen bereit sein, nach der Landtagswahl im Herbst dieses Jahres an die Seite der CDU zu wechseln; ein Abfall vom SPD-Koalitionspartner Holger Börner wäre möglich, so die Genscher-Nachricht weiter, wenn der hessische CDU-Spitzenmann Alfred Dregger die absolute Mehrheit ganz knapp verfehle, eine SPD/FDP-Koalition mithin kaum noch regierungsfähig sein könne.

Daß ein Schwenk der FDP zur CDU im SPD-Stammland Hessen der Anfang vom Ende der sozialliberalen Koalition in Bonn wäre, darüber war sich die schwarze Runde in Kreuth

um eigentlich solle ein Präsident abgelöst werden, fragte Genscher, der seine Sache gut mache und — gäbe es statt der im Grundgesetz vorgeschriebenen indirekten eine direkte Wahl — sich der Mehrheit des Volkes sicher sein könnte.

Der armenische Marokkaner hätte auch etwas davon: Ihm bliebe ein von den Amtspflichten entbundener Scheel erspart, der sich hinter seinem Rücken wieder aktiv in die FDP-Politik einschalten würde.

SPD-FRAKTION

Dicker Hund

Einige linke SPD-Abgeordnete scheinen entschlossen, die neuen Antiterror-Gesetze abzulehnen. Stellt Kanzler Schmidt die Vertrauensfrage?

Kaum hatte SPD-Fraktionschef Herbert Wehner seinen Vorstandsgegnossen mitgeteilt, die parlamentarische Abstimmung über die Antiterror-Gesetze müsse aus Rücksicht auf noch schwankende linke Kollegen um einen Monat verschoben werden, meldete sich Deutschland-Minister Egon Franke erregt zu Wort.

Nicht länger, wettete der Anführer der mächtigen Kanalarbeiterriege, dürfe sich „die Mehrheit durch eine Minderheit zur Handlungsunfähigkeit zwingen lassen“. Und dann drohte er: „Eines Tages sehe ich mich nicht mehr gebunden, taugliche Gesetze der CDU/CSU abzulehnen.“

Den Zorn des sonst eher schweisgsamen Niedersachsen hatte einmal mehr der hessische Abgeordnete Manfred Coppik erregt — mit seiner Ankündigung, er und einige Kollegen könnten dem neuen Gesetzesbündel zur Terrorismus-Bekämpfung in der vorliegenden Fassung nicht zustimmen. Da auch die Opposition in der vergangenen Woche ihr striktes Nein zu den ihr viel zu milden Vorschlägen bekanntgegeben hat, könnte Kanzler Helmut Schmidt erstmals mit einer eigenen Gesetzesvorlage scheitern.

Nur wenn in zwei wesentlichen Punkten — beim Verteidiger-Ausschluß und bei den Gebäuderazzien — noch liberale Kompromisse erreicht werden, wollen Coppik und ein harter Kern von zehn Fraktionslinken die Sonderparagrafen akzeptieren. SPD-MdB Klaus Thüsing, der mit Coppik, Dieter Lattmann und Karl-Heinz Hansen schon gegen das umstrittene Kontaktsperre-Gesetz stimmte, will den „Scheibchenweise-Abbau liberaler Freiheitsrechte“ mit aller Macht verhindern: „Da gibt es für Sozialdemokraten Minimalpositionen, hinter die wir nicht zurück dürfen.“

Dabei hatten die Rechtsexperten der Fraktion geglaubt, das Gesetzespaket für die kritische Linke längst zustim-



Terroristen-Fahndung (in Berlin): „An irgendeiner Stelle muß man halt sagen“

mungsfähig gemacht zu haben. So sollten unverdächtige Bürger, die in eine Identitätskontrolle geraten und sich nicht ausweisen können, ursprünglich bis zu 48 Stunden festgehalten werden können, ohne ein Familienmitglied benachrichtigen zu dürfen. Mit ihrem Einspruch erreichten Coppik & Co., daß die Frist auf zwölf Stunden schrumpfte und die Festgenommenen Kontakt zu ihren Angehörigen aufnehmen können.

Auch wurde — im Zusammenhang mit Razzien — der schwammige Begriff Gebäude-„Komplex“ wieder entfernt. Nun dürfen Wohnungen unbescholtener Bürger nur durchsucht werden, „wenn diese sich in einem Gebäude befinden“, in dem sich vermutlich ein Terrorist versteckt hält. Nun soll es auch nicht mehr möglich sein, mit einem Durchsuchungsbefehl die Razzia auf ganze Häuserblocks auszudehnen.

Doch die Fraktionslinken sind damit noch nicht zufrieden. Hausdurchsuchungen sollen nach ihrem Willen nur bei Mord, räuberischer Erpressung oder Geiselnahme, nicht aber schon bei der Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung möglich sein.

Als „dicksten Hund“ (Karl-Heinz Hansen) schließlich bezeichnen die SPD-Widerständler den Ausschluß von Verteidigern bei *einfachem* Verdacht. Erst 1974 hatte der Bundestag einen Paragraphen 138 a verabschiedet, nach dem ein der Konspiration *dringend* verdächtiger Terroristen-Anwalt aus dem Verfahren ausgeschlossen werden muß. Und seither, so steht es sogar in der Begründung des neuen Gesetzes, „ist kein Fall bekanntgeworden, in dem die Höhe der Verdachtsgrade des gelten-

den Rechts zur Ablehnung eines Ausschließungsantrags geführt hätte“.

Justizminister Hans-Jochen Vogel tat sich denn auch schwer, den kritischen Genossen plausibel zu machen, warum er die neuerliche Novellierung gleichwohl für notwendig halte. Hansen: „Es kam nichts als Luft.“

Doch die Chancen für weitere Kompromisse sind gering. „Alles, was ich bisher an Argumenten kenne“, sagt Vogel, „schlägt bei mir nicht durch.“

Mit dieser Einstellung weiß er sich in bestem Einvernehmen mit Helmut Schmidt, der „den Feldvorteil durch Mogadischu“ (ein Kanzlerberater) nicht durch Nachgiebigkeit gegenüber seinen Linken gefährden will. Vogel: „Die Bevölkerung erwartet, daß wir unser Möglichstes tun.“

Inzwischen drohen die Abweichler sogar bei ihren Gesinnungsfreunden ins Abseits zu geraten. Bei einem Treffen des Leverkusener Kreises in der vergangenen Woche schimpfte MdB Wolfgang Roth, die Gewissenstäter badeten sich „im Wohlwollen der Jusos, während wir uns für unser Stimmverhalten immer wieder rechtfertigen müssen“. Coppik ungerührt: „An irgendeiner Stelle muß man halt sagen.“

Diesmal freilich steht mehr auf dem Spiel als beim Kontaktsperre-Gesetz. Damals half die Union der Regierung gegen die Abweichler (vier Nein-Stimmen und 17 Enthaltungen) über die Hürden. Im Februar würden fünf Nein-Stimmen oder zehn Enthaltungen Schmidts Niederlage besiegeln.

Für den Fall, daß eine geplante Probeabstimmung in der Fraktion schief-